

Schweizer Stärken jetzt nicht schwächen!



**EVA HERZOG, STÄNDERÄTIN
VORSTANDSMITGLIED POLITIKTEAM FUTURE**

Es ist ein Erdbeben, das die exportorientierte Schweizer Wirtschaft derzeit durchrüttelt. Die von Donald Trump auferlegten Zölle stellen zahlreiche Branchen vor existenzielle Probleme. Andere wiederum – etwa die Pharmaindustrie – wissen noch nicht, welche Massnahmen ihnen drohen.

Die betroffenen Unternehmen müssen ihre Geschäftsmodelle überdenken oder gar neu erfinden. Auch wenn sich die Situation hoffentlich längerfristig wieder entschärft, sind wir jetzt gefordert, die wichtigsten Pfeiler unseres Wohlstands zu stärken.

Zum einen müssen wir gezielt in Bildung, Forschung und Innovation investieren, um das Niveau dieses bedeutenden Standortfaktors zu erhalten. Das Parlament hat es in der Hand, die vom Bundesrat im Entlastungspaket 27 geplanten Mittelkürzungen bei den Hochschulen und Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung zu korrigieren.

Zum anderen ist es für die Schweiz nun wichtiger denn je, ihre Beziehungen mit ihrer Nachbarin und wichtigsten, verlässlichsten Handelspartnerin zu stabilisieren und auf eine zukunftsfähige Basis zu stellen. Der Bundesrat konnte mit den «Bilateralen III» ein für unser Land sehr gutes Verhandlungsergebnis mit der Europäischen Union erzielen. Jetzt sind alle progressiven Kräfte gefordert, zum Gelingen dieser Abkommen beizutragen.

Investitionen in den BFI-Standort wie auch der bewährte bilaterale Weg gehören zu den Erfolgsrezepten der Schweizer Wirtschaft. Diese gilt es jetzt zu stärken und keinesfalls zu schwächen.

S. 2

BILDUNG, FORSCHUNG UND INNOVATION

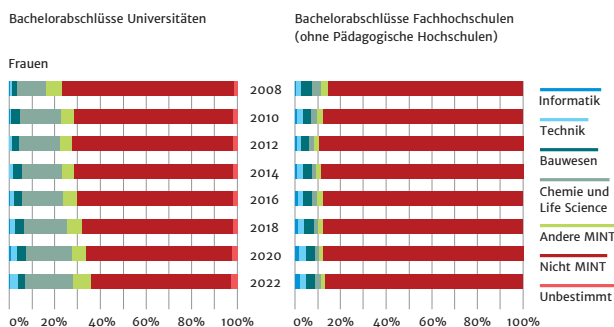
Ein Wachstumsmotor für die Schweizer Wirtschaft

Die von der US-Regierung erhobenen prohibitiven Zölle setzen die Schweizer Exportunternehmen unter Druck. Um sich dieser Herausforderung zu stellen, muss die Schweizer Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter steigern. Dazu verfügt sie über einen wirksamen Hebel: die Bildung, die Forschung und die Innovation.

S. 3

FACTS & FIGURES

Die Zahl der Absolventinnen im MINT-Bereich hat an den Hochschulen deutlich zugenommen



S. 4

VORANSCHLAG 2026 MIT IAFP 2027-2029 Bundesrat integriert Entlastungsmassnahmen im Finanzplan

TIERVERSUCHE WBK-S gegen Ausstieg aus belastenden Tierversuchen

BERUFSBILDUNGSGESETZ Hochschulen sehen neue Titelzusätze kritisch

RÜSTUNGSPOLITIK Forschung und Innovation für unsere Sicherheit

Impressum

Münstergasse 64/66, 3011 Bern / T +41 31 351 88 46
info@netzwerk-future.ch, www.netzwerk-future.ch
Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt. // © Netzwerk FUTURE 2025

BILDUNG, FORSCHUNG UND INNOVATION

Ein Wachstumsmotor für die Schweizer Wirtschaft

Die von der US-Regierung erhobenen prohibitiven Zölle setzen die Schweizer Exportunternehmen unter Druck. Um sich dieser Herausforderung zu stellen, muss die Schweizer Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter steigern. Dazu verfügt sie über einen wirksamen Hebel: die Bildung, die Forschung und die Innovation. Leider droht gerade diesem Bereich eine erhebliche Schwächung durch das Entlastungspaket 27 des Bundesrates.

Mit der Einführung von Zöllen in der Höhe von 39% auf Schweizer Produkte hat das Weisse Haus der Welt die wirtschaftliche Stärke der Schweiz, die dadurch als direkte Konkurrentin der Vereinigten Staaten angesehen wird, vor Augen geführt. Als die Schweiz am 1. August 2025 ihren Nationalfeiertag beging, geriet ihre Wirtschaft in eine Phase starker Turbulenzen; und dies in einem zunehmend unsicheren internationalen Umfeld. Auch wenn die Verlängerung der Kurzarbeitsentschädigung die Auswirkungen der Krise kurzfristig abmildern kann, müssen exportorientierte Unternehmen Wege finden, um diese Herausforderung zu überwinden. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass die Unternehmen die Krise des starken Frankens vor mehr als zehn Jahren durch eine Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit gut überstanden haben.

Forschung und Innovation fördern Wachstum

Die Förderung von Forschung und Innovation ist ein bewährter Wachstumsmotor für die Schweizer Wirtschaft. Unternehmen leisten den grössten Teil dieser Finanzierung (2,1% des BIP im Jahr 2023), ergänzt durch die Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung (1,3% des BIP im Jahr 2023). Der entscheidende Beitrag des Schweizerischen Nationalfonds und von Innosuisse liegt jedoch in ihrem Auftrag, die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu sichern. Ihre Fördermittel werden nur an die besten Forschenden oder Innovatoren und an die besten Projekte vergeben. Diese werden stets in einem internationalen Kontext bewertet. Ein kompeti-

tiver Wissenschaftsstandort stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft auf direkte Weise. Er ermöglicht es den Schweizer Unternehmen, von den innovativsten Ideen zu profitieren und mit den besten Köpfen zusammenzuarbeiten.

Aktuellen Studien zufolge, generiert jeder Franken, der in ein Forschungs- oder Innovationsprojekt investiert wird, einen volkswirtschaftlichen Nutzen von drei bis fünf Franken. Ein vom Bund finanzierter Arbeitsplatz innerhalb des ETH-Bereichs schafft fünf weitere Arbeitsplätze in der Wirtschaft.

460'000 Fachkräfte ausbilden

Der Bildungsbereich steht ebenfalls vor grossen Herausforderungen. Die Berufsbildung und die Hochschulen sind aufgefordert, zur Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft beizutragen. Laut einer Studie von economiesuisse und dem Schweizerischen Arbeitgeberverband werden dem Schweizer Arbeitsmarkt bis 2035 aufgrund der Pensionierung der Babyboomer-Generation rund 460'000 Arbeitskräfte fehlen. Um kompetitiv zu bleiben, muss eine Volkswirtschaft ihrem Arbeitsmarkt ausreichend qualifizierte Fachkräfte zuführen. Die Schweizer Hochschulen werden in den nächsten zehn Jahren mit einem Anstieg der Studierendenzahlen um mehr als 18% konfrontiert sein.

Der Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich) ist kurz-, mittel- und langfristig ein unverzichtbarer Wachstumsmotor für die Schweizer Wirtschaft. Von 2012 bis 2024 verzeichnete er ein durchschnittliches jährliches Mittelwachstum von 1,9% und lag damit unter dem Wachstum der Gesamtausgaben des Bundes (2,6%). Im Jahr 2012 machten die Investitionen in den BFI-Bereich 10,8% der Gesamtausgaben des Bundes aus; dieser Anteil sank bis 2024 auf 9,9%. Der BFI-Bereich soll jedoch im Jahr 2027 mit 18% und im Jahr 2028 mit 15% des Kürzungsvolumens überdurchschnittlich zum Entlastungspaket 27 beitragen. Mit diesen Sparmassnahmen wird riskiert, den BFI-Bereich als Wachstumsmotor der Schweiz auszuschalten.

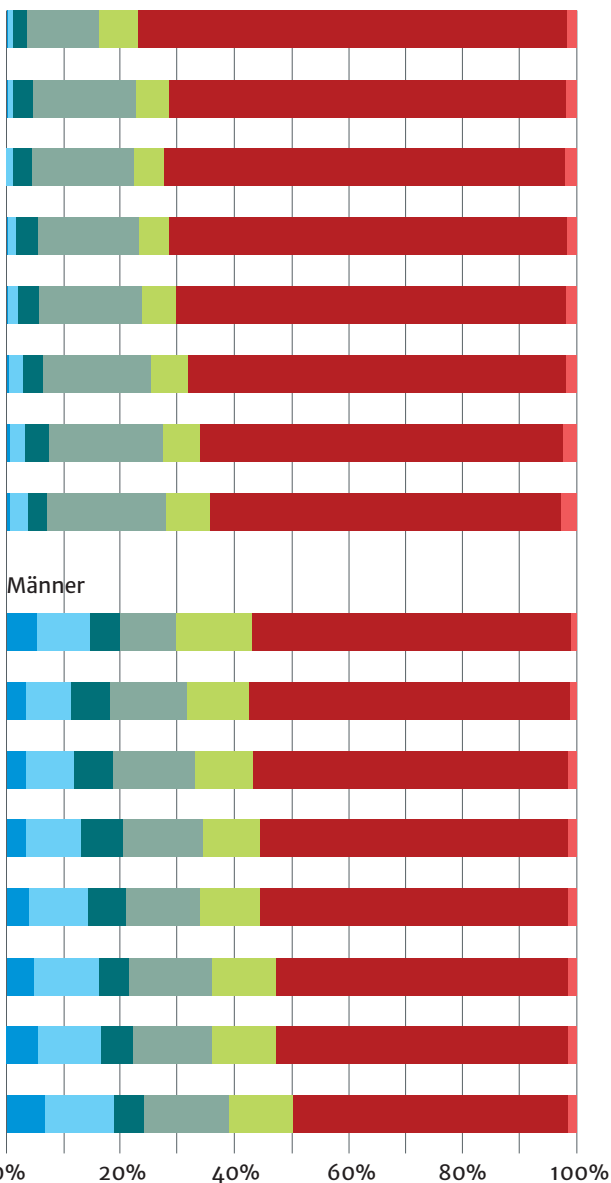
FACTS & FIGURES

Die Zahl der Absolventinnen im MINT-Bereich hat an den universitären Hochschulen deutlich zugenommen

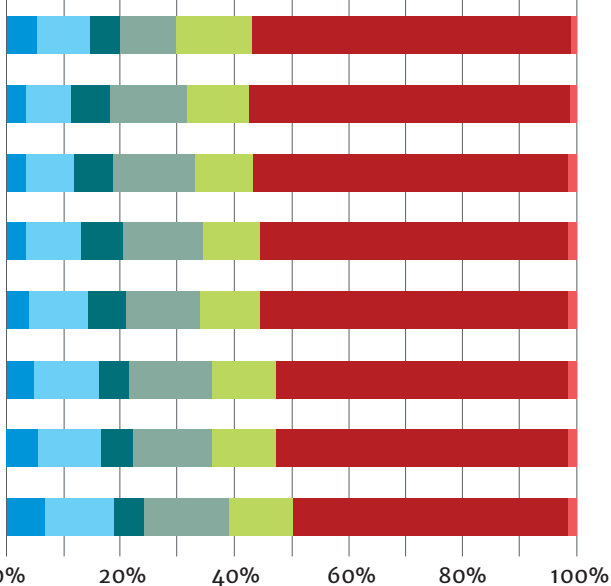
Zwischen 2008 und 2022 hat die Zahl der Absolventinnen in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) an den universitären Hochschulen der Schweiz (UH) deutlich zugenommen. Dies zeigt eine Studie der Akademien der Wissenschaften Schweiz (a+). Im Jahr 2022 waren 36% der Bachelorabschlüsse von Frauen an den UH einem MINT-Studiengang zuzuordnen, während es im Jahr 2008 erst 23,1% waren. Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass die Fördermassnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in MINT-Fächern an den universitären Hochschulen besonders erfolgreich waren, an den Fachhochschulen (FH) indes etwas weniger. Bei Letzteren stieg der Anteil der Absolventinnen von 10,3% im Jahr 2012 (dem Jahr mit dem geringsten Anteil an MINT-Bachelorabschlüssen) auf 13,4% im Jahr 2022.

Bachelorabschlüsse Universitäten

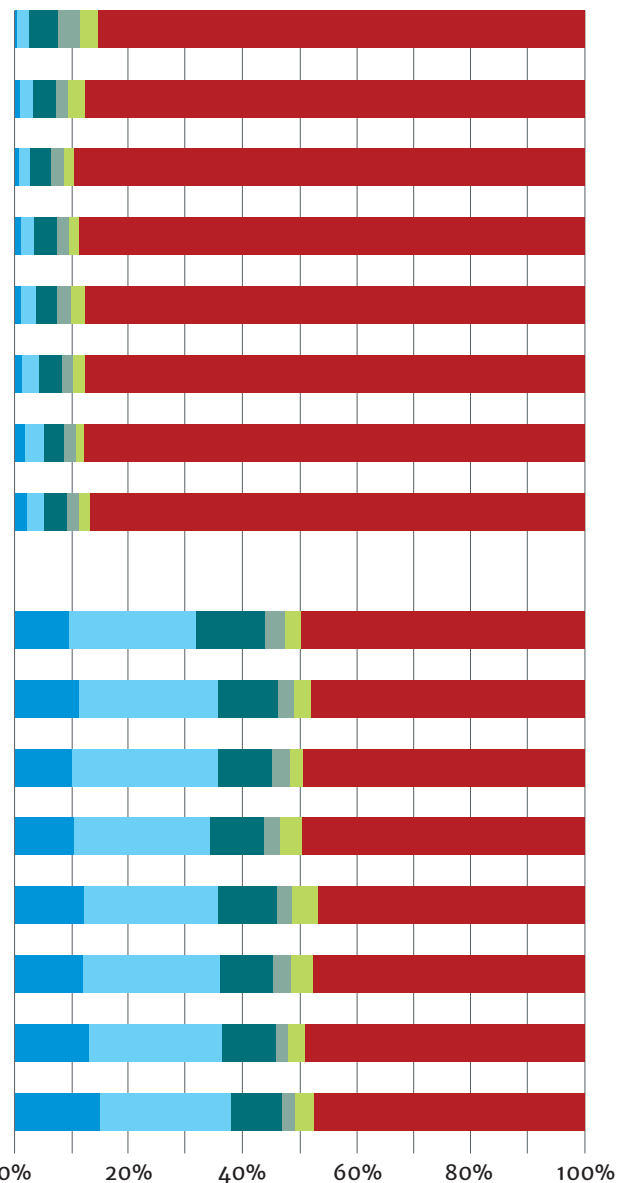
Frauen



Männer



Bachelorabschlüsse Fachhochschulen (ohne Pädagogische Hochschulen)



VORANSCHLAG 2026 MIT IAFP 2027-2029

Bundesrat integriert Entlastungsmassnahmen im Finanzplan

Der Bundesrat hat die Botschaft zum Voranschlag 2026 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2027-2029 verabschiedet. Er budgetiert für 2026 ein Finanzierungsdefizit von 845 Millionen Franken. Die Ausgaben für Bildung und Forschung nehmen gegenüber dem Vorjahr um 667 Millionen Franken zu. Dies ist primär auf die provisorische Anwendung des Europäischen Programmabkommens (EUPA) zurückzuführen, wodurch Schweizer Forschende und Innovationsakteure an den Ausschreibungen der EU-Programme für Forschung und Innovation teilnehmen können. Während der Schweizer Pflichtbeitrag im laufenden Jahr per Nachtragskredit beschlossen wurde, wird dieser im Voranschlag 2026 mit 629 Millionen Franken ordentlich budgetiert. Im IAFP hat der Bundesrat die Sparmassnahmen aus dem Entlastungspaket 2027, über welches das Parlament noch entscheiden muss, bereits integriert.

TIERVERSUCHE

WBK-S gegen Ausstieg aus belastenden Tierversuchen

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) beantragt ihrem Rat mit 9 zu 4 Stimmen, der parlamentarischen Initiative «Zukunftsfähige Forschung mit einem Plan für den Ausstieg aus belastenden Tierversuchen fördern» keine Folge zu geben. Für die Kommissionsmehrheit geht die Forderung eines Ausstiegsplans, der zu strikten Einschränkungen für die Forschung zugunsten der menschlichen Gesundheit führen könnte, zu weit. Sie weist im Weiteren darauf hin, dass aktuell Gesetzgebungsarbeiten zur Förderung der 3R-Forschung, welche den Einsatz von Tierversuchen durch Ersatz (Replacement), Reduzierung (Reduction) und Verfeinerung (Refinement) zu optimieren versucht, in einer Subkommission der nationalrätlichen WBK laufen.

Das Netzwerk FUTURE empfiehlt, die Mehrheit der WBK-S zu unterstützen und der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben.

BERUFSBILDUNGSGESETZ

Hochschulen sehen neue Titelzusätze kritisch

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) hat die Vorlage des Bundesrates zur Stärkung der höheren Berufsbildung mit 9 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Mit dieser Revision des Berufsbildungsgesetzes sollen ein Bezeichnungsrecht für höhere Fachschulen sowie die Titelzusätze «Professional Bachelor» und «Professional Master» eingeführt werden. Mit 7 zu 5 Stimmen hat die WBK-S bei den Titelzusätzen eine zusätzliche Unterscheidung aufgenommen: Der Titelzusatz soll beim Abschluss einer höheren Fachprüfung «Professional Bachelor» lauten, beim Erwerb eines Abschlusses einer höheren Fachschule «Professional Bachelor in» ergänzt durch die Fachrichtung. Aus Sicht der Schweizer Hochschulen müssen Titel es ermöglichen, die damit verbundenen Ausbildungsinhalte und erworbenen beruflichen Kompetenzen voneinander zu unterscheiden. Die Einführung dieser Zusatzbezeichnungen führt daher zu Verwirrung und kann Missverständnisse hervorrufen. Darüber hinaus könnten diese neuen Zusatzbezeichnungen bewirken, dass die Berufsmaturität als unverzichtbare Voraussetzung für die Zulassung zu Fachhochschulen geschwächt wird. Der Vorschlag der Mehrheit der WBK-S birgt die Gefahr, die Verwirrung zwischen den Titeln noch zu verstärken.

Vor diesem Hintergrund empfehlen die Schweizer Hochschulen, bei Art. 44a die Minderheit II der WBK-S zu unterstützen und die Einführung von neuen Titelzusätzen abzulehnen. Sollte die Minderheit II abgelehnt werden, empfehlen die Schweizer Hochschulen, die Minderheit I (gemäss Bundesrat) zu unterstützen.

RÜSTUNGSPOLITIK

Forschung und Innovation für unsere Sicherheit

Der Bundesrat will im Rahmen seiner Rüstungspolitischen Strategie die Investitionen in die sicherheitsrelevante Forschung, Entwicklung und Innovation erhöhen, um das in der Schweiz vorhandene technologische Potenzial zu nutzen und weiterzuentwickeln. Dies bedingt eine stärkere Zusammenarbeit mit den Hochschulen und in diesem Bereich aktiven Start-ups sowie kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Konkret soll der Anteil des Armee-Budgets für Forschung und Entwicklung bis 2030 schrittweise auf zwei Prozent ausgebaut werden. Im Weiteren soll das VBS bis Ende 2028 eine neue, auf konkrete Fragestellungen der Armee ausgerichtete Kooperation mit dem ETH-Bereich entwickeln.